

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

81. Sitzung

und

Europausschuss

35. Sitzung

und

Bildungsausschuss

29. Sitzung

und

Umweltausschuss

41. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. September 2002, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD)
Holger Astrup (SPD)
Wolfgang Fuß (SPD)
Renate Gröpel (SPD)
Hans-Jörn Arp (CDU)
Klaus Klinckhamer (CDU)
Berndt Steincke (CDU)
Rainer Wiegard (CDU)
Günther Hildebrand (FDP)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Fehlende Abgeordnete des Finanzausschusses

Günter Neugebauer (SPD)

Weitere Abgeordnete

Dr. Henning Höppner (SPD)
Helmut Jacobs (SPD)
Rolf Fischer (SPD)
Ulrike Rodust (SPD)
Helmut Jacobs (SPD)
Konrad Nabel (SPD)
Sandra Redmann (SPD)
Uwe Greve (CDU)
Jost de Jager (CDU)
Manfred Ritzek (CDU)
Ursula Sassen (CDU)
Jutta Scheicht (CDU)
Frauke Tengler (CDU)
Joachim Behm (FDP)
Dr. Ekkehard Klug (FDP)
Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:**Seite****1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006****4**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2057

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2020

Einzelplan 03 und Kapitel 1203
Einzelplan 07 und Kapitel 1207 und 1212
Einzelplan 13 und Kapitel 1213

2. Verschiedenes**7**

Die Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2057

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2020

Einzelplan 03 und Kapitel 1203

(gemeinsame Beratung mit dem Europaausschuss)

St Wolff-Gebhardt macht darauf aufmerksam, dass die Staatskanzlei in diesem Jahr eine Absenkung ihres bis 2005 festgeschriebenen Budgets gegenüber 2001 um 6,8 % und gegenüber dem Haushaltssoll um 0,8 % erreichen werde und damit einen Beitrag zur Einsparung von Personal- und Sachkosten leiste. Für ein freigestelltes Personalratsmitglied habe eine zusätzliche Stelle eingeworben werden können. Die aus dem Sozialfonds der Ministerpräsidentin als überplanmäßige Ausgabe zur Beseitigung der Flutschäden bereitgestellten Mittel in Höhe von 340.000 € würden aus dem Einzelplan 11 gedeckt.

Auf Fragen von Abg. Ritzek zu verschiedenen in Kapitel 0301 Maßnahmegruppe 11 - Europaangelegenheiten - erwidert AL Hoppe, es handele sich im Wesentlichen um haushaltmäßige und nicht um inhaltliche Anpassungen.

Abg. Wiegard möchte bei Haushaltsstelle 0301-535 02 - Zukunftsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein - wissen, welche konkreten Maßnahmen 2002 aus diesem Titel finanziert worden und welche Vorhaben 2003 beabsichtigt seien.

Einzelplan 07 und Kapitel 1207 und 1212

hierzu: Umdruck 15/2526

(gemeinsame Beratung mit dem Bildungsausschuss)

M Erdsiek-Rave legt Wert darauf, bei der Betrachtung der Unterrichtsversorgung neben den Parametern Budget und Stellenzahl vor allem auf das in den Schulen tatsächlich anfallende Unterrichtsvolumen abzustellen (vergleiche 23. Bildungsausschusssitzung am 14. März 2002, TOP 5). Entsprechend sei dem Prinzip der Haushaltswahrheit und -klarheit folgend der Stellenplan um die Stellen bereinigt worden, die dem Unterricht auch bisher nicht zugute kämen. So bedeute zum Beispiel die Verlagerung von 38 bisher schon existierenden Abordnungsstellen in den Hochschulhaushalt keine Veränderung in der Unterrichtsversorgung. Die in Rede stehenden 50 Lehrerstellen sollten im Rahmen der Nachschiebeliste bei den Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden - nicht bei der Stundenermäßigung wegen Alter oder Krankheit - in den Bereichen Kreisools, nebenamtliche Studienleiter des IPTS, Personalvertretungen, so genannter Landespool zur Betreuung von Modellversuchen, Deckelung der für Schulleitungen zur Verfügung stehenden Ausgleichsstunden erwirtschaftet werden.

Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium, den Ausschüssen eine Übersicht über die derzeitige Aufteilung von der für die verschiedenen Zwecke zur Verfügung stehenden Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden zuzuleiten. Dem Vorwurf der Opposition, die Regierung breche ihr Versprechen, 200 echte zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen, begegnet die Ministerin mit dem Hinweis darauf, dass sich das Unterrichtsvolumen im Schuljahr 2002/2003 gegenüber dem Vorjahr um ungefähr 330 Stellegegenwerte verbessert habe und zum Schuljahr 2003/2004 um weitere 240 Stellegegenwerte steige. Für die Einführung der verlässlichen Halbtagsgrundschule (vergleiche 28. Bildungsausschusssitzung am 30. August 2002) würden den betroffenen Kreisen um Hamburg mit dem Haushalt 2003 insgesamt 50 Stellen aus dem Grund- und Hauptschulkapitel zugewiesen, deren Verteilung auf die Schulen nach dem Schülerzahlbezogenen Personalbemessungsverfahren vorgenommen werde. Auf Fragen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterrichtsversorgung der Grundschulen verweist die Ministerin auf die dem Parlament mit dem Haushaltsplan und der statistischen Vorlage, Umdruck 15/2526, vorliegenden Daten und die Tatsache, dass die Schülerzahlen an den Grundschulen zurückgingen.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erwidert sie, im Lehrer-Personalbudget, in dem nach dem Haushaltsgesetz bei Bedarf weitere Stellen in Geld umgewandelt werden könnten (zum Beispiel für den Aufbau von Ganztagsangeboten), sei ein bestimmtes Volumen für Beförderungen ausfinanziert. Auf Fragen von Abg. Birk erwidert sie, der Abbau von Stellen im Bereich des IQSH erfolge im Zuge der natürlichen Fluktuation. Zur Umsetzung der Neustrukturierung der Landeszentrale für politische Bildung werde die Regierung in der Nachschiebeliste einen Vorschlag

unterbreiten.

Abg. de Jager bittet darum, die Ausschüsse über eine Abschätzung der Defizite der Universitätsklinik Kiel und Lübeck zum Ende des 3. Quartals 2002 zu unterrichten.

Auf Fragen von Abg. Dr. Klug erklärt M Erdsiek-Rave, ein Defizit der Universitätsklinik in diesem Jahr sei nicht absehbar. Inwieweit die finanziellen Risiken der Kliniken durch fusionsbedingte Einsparungen gemindert werden könnten, werde zurzeit berechnet. Die Kürzung des Hochschulbudgets sei schmerzhaft, aber angesichts der angespannten Haushaltslage unvermeidbar.

Einzelplan 13

(gemeinsame Beratung mit dem Umweltausschuss)

Nach den Worten von Abg. Wiegard besteht bei den Personalkosten des Ministeriums eine Steigerung des Ansatzes gegenüber 2001 um knapp 20 %. Er möchte wissen, ob es Absichten des Ministeriums gibt, angesichts der bekannten Finanzlage des Landes die Strukturen so zu ändern, dass die Personalkosten gesenkt werden. - M Müller sagt zu, dem Ausschuss eine schriftliche Begründung nachzureichen, wo die Steigerung im Bereich der Personalkosten herrührt.

Abg. Tengler bittet um Begründung der Höhe der Ausgabestelle bei Maßnahmegruppe 07 und Titelgruppe 61 (Umdruck 15/2500). M Müller sagt zu, diese Frage schriftlich zu beantworten.

M Müller sagt zu, die Frage von Abg. Wiegard nach dem Grund der Ausgabesteigerungen bei den sächlichen Verwaltungsaufgaben schriftlich zu beantworten.

Auf eine Frage der Abg. Tengler hinsichtlich der Auswirkungen des „Dosenpfandes“ auf den Einzelplan 13 führt M Müller aus, die Einführung des Dosenpfandes halte er umweltpolitisch und ökonomisch für einen wichtigen Schritt. Sie sei nicht mit Kostenbelastungen für das Land verbunden; insofern ergäben sich keine Auswirkungen auf den Einzelplan 13.

Zu **Kapitel 1213** liegen keine Wortmeldungen vor.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende weist auf das Schreiben des Landesrechnungshofs vom 17. September 2002 hin (Umdruck 15/2544).

Sie bittet VP Qualen, auf die Bitte bezüglich der Niederschrift über die 79. Sitzung des Finanzausschusses einzugehen. Die Ausführungen zu der 18. Sitzung der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ seien - so merkt sie an - Gegenstand der Beratungen innerhalb der Arbeitsgruppe.

Abg. Heinold bittet darum, eine Entscheidung zu vertagen.

Abg. Astrup bittet ebenfalls um Stellungnahme des Landesrechnungshofs. Auch er schlägt vor, über das Anliegen zu einem späteren Zeitpunkt zu befinden.

VP Qualen führt aus, ihm liege daran, dass die Äußerungen des Landesrechnungshofs nicht als unrealistisch erschienen. Er habe nicht die Forderung gestellt, im Bereich der Steuerverwaltung 500 Stellen bereitzustellen. Die Position des Landesrechnungshofs sei die, dass die Steuerverwaltung mittel- bis langfristig in die Lage versetzt werden sollte, den Personalfehlbedarf, der von der Steuerverwaltung selbst auf etwa 500 Stellen beziffert werde sukzessive mithilfe einer höheren Zahl von Ausbildungsstellen abzubauen.

Bezüglich der Niederschrift zu Punkt 7 der Tagesordnung - Veräußerung der unbebauten landeseigenen Flurstücke 80/52 und 110/52 in Wenningstedt/Sylt - legt er dar, er halte es für von Bedeutung, wenn ein Grundstück billiger verkauft werde, als es hätte verkauft werden können. Er habe darauf hingewiesen, dass es einen externen Bieter gegeben habe, der für das Grundstück 255.000 € mehr geboten habe, als die Gemeinde letztlich bezahlt habe. Ihm sei von der Vorsitzenden und Abg. Kubicki entgegengehalten worden, dass das in internen Gesprächen geklärt worden sei. Zwischenzeitlich habe der Landesrechnungshof aber festgestellt, dass die Klärung nicht dieses, sondern ein anderes Grundstück betroffen habe. Bei diesem Grundstück sei es so gewesen, dass die Gemeinde bereit gewesen sei, zu dem Preis einzusteigen, den ein externer Bieter zu zahlen bereit gewesen sei.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die gemeinsame Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Petra Tschanter

Protokollführerin